

KURZ NOTIERT

Merkel berät mit Lagarde über Griechenland-Krise



Bundeskanzlerin Angela Merkel (links, CDU) und die IWF-Chefin Christine Lagarde. Archivfoto: dpa

Berlin. Nach der Annäherung der Geldgeber im Griechenland-Streit haben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF) Christine Lagarde das weitere Vorgehen beraten. Bei dem gestrigen Treffen sollte es auch um eine Beteiligung des IWF am dritten Rettungspaket für das Krisenland gehen. Nach dem jüngsten Kompromiss gilt es als wahrscheinlich, dass der Weltwährungsfonds an Bord bleibt. Eine IWF-Beteiligung ist für die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag für die Erteilung weiterer Kredite unabdingbar. dpa

SPD hält sich oberhalb der 30-Prozent-Marke

Berlin. Die Sozialdemokraten richten sich über der 30-Prozent-Marke ein: In dem gestern veröffentlichten „Stern-RTL-Wahlrend“ erreichte die SPD wie in den beiden Vorwochen 31 Prozent. Sie blieb damit drei Prozentpunkte hinter der Union, die unverändert auf 34 Prozent kam. Die Linke blieb bei acht Prozent, die Grünen stagnierten bei sieben Prozent. Erneut einen Punkt büßte die AfD ein, die in der Forsa-Umfrage mit acht Prozent ihren niedrigsten Wert seit sieben Monaten erzielte. Die FDP konnte im Vergleich zur Vorwoche um einen Prozentpunkt auf jetzt sechs Prozent zulegen. AFP

Niederlande: Wilders' Umfragewerte sinken



Amsterdam. Drei Wochen vor der Parlamentswahl in den Niederlanden hat der Rechtspopulist Geert Wilders (53) seinen deutlichen Vorsprung in Umfragen eingebüßt. Wilders' Partei für die Freiheit (PVV) liegt nun etwa gleichauf mit der rechtsliberalen VVD von Ministerpräsident Mark Rutte, wie aus einer gestern veröffentlichten Analyse der sechs wichtigsten Umfragen hervorgeht. Demnach kommt Wilders' PVV auf etwa 17 Prozent und Ruttes VVD auf 16 Prozent. Noch im Januar lag die Wilders-Partei mit bis zu 20 Prozentpunkten Vorsprung in Führung. Gewählt wird am 15. März. dpa

Justiz ermittelt gegen Vertraute von Le Pen

Paris. Die französische Justiz hat ein Ermittlungsverfahren gegen die Leiterin des engsten Mitarbeiterstabes der Rechtspopulistin Marine Le Pen eingeleitet. Catherine Griset werde in der Affäre um EU-Parlamentsjobs Verschleierung vorgeworfen, bestätigten Justizkreise. Griset war zuvor von Ermittlern angehört und in Polizeigewahrsam genommen worden. Die französische Justiz hatte Ende 2016 Ermittlungen zur Bezahlung von Assistenten von Europaabgeordneten der Front National eingeleitet. Le Pen ist Chefin der Front National. (dpa) dpa

Es gibt immer weniger Sozialwohnungen

Berlin. In Deutschland gibt es immer weniger Sozialwohnungen für Menschen mit geringem Einkommen. Zwar haben die Bundesländer im Jahr 2015 den Bau von rund 14 700 neuen Wohnungen mit Sozialbindung bezuschusst, wie eine gestern veröffentlichte Aufstellung der Bundesregierung zeigt. Das waren so viele Neubauten wie nie, seit die Länder 2007 die alleinige Verantwortung für den sozialen Wohnungsbau übernommen haben. dpa

Maaßen: Islamistische Szene wächst stark

Berlin. Die islamistisch-terroristische Szene in Deutschland ist nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) zuletzt stark gewachsen. „Wir zählen inzwischen 1600 Personen zum islamistisch-terroristischen Personenpotenzial“, sagte BfV-Präsident Hans-Georg Maaßen gestern auf dem Europäischen Polizeikongress in Berlin. Gegen Ende des Jahres 2016 lag die Zahl noch bei rund 1200 Personen. Als islamistische Gefährder – Menschen, denen ein Anschlag zugetraut wird – hatte das Bundeskriminalamt zuletzt rund 570 Menschen geführt. dpa

Bundeswehr bleibt länger in Somalia

Berlin. Die Bundeswehr soll weiterhin mit bis zu 20 Soldaten im von Islamisten terrorisierten Somalia bleiben. Das Kabinett beschloss gestern eine Verlängerung des Einsatzes in dem ostafrikanischen Land bis März 2018. Die Zustimmung des Bundestags im März gilt als sicher. Derzeit sind neun deutsche Soldaten im Rahmen einer EU-Mission zur Ausbildung und Beratung der somalischen Streitkräfte in der Hauptstadt Mogadischu stationiert. „Somalia ist seit Jahrzehnten eine Anarchie gewesen“, sagte ein Sprecher des auswärtigen Amtes gestern. „Es wird sehr lange brauchen, bis in Somalia so etwas entsteht wie ein stabiles Staatswesen.“ dpa

Neuer Tatverdächtiger im Fall Kim Jong Nam

Kuala Lumpur. Nach der mutmaßlichen Ermordung Kim Jong Nams, des Halbbruders von Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un, in Malaysia, gilt nun ein Diplomat der nordkoreanischen Botschaft als möglicher Tatbeteiligter. Bei dem Verdächtigen handele es sich um einen hochrangigen Mitarbeiter der Botschaft, sagte Malaysias Polizeichef Khalid Abu Baker gestern. Ein weiterer Verdächtiger sei ein Besucher der Botschaft, sagte der nordkoreanischen Fluggesellschaft. Es werde davon ausgegangen, dass sich beide in Malaysia aufhielten. dpa

Erste US-Hubschrauber in Ramstein eingetroffen

Ramstein. Die ersten Apache-Kampfhubschrauber (Foto: dpa) für die US-Operation „Atlantic Resolve“ sind gestern auf der Airbase im pfälzischen Ramstein eingetroffen. Sie kommen aus dem texanischen Fort Bliss und wurden mit großen Galaxy-Transportmaschinen von El Paso nach Ramstein geflogen. Insgesamt verlegen die USA 24 dieser Hubschrauber für neun Monate nach Europa. Sie sollen bei mehreren Übungen mit Nato-Partnern eingesetzt werden, unter anderem in Lettland und Rumänien. dpa



Eine Arbeit - zwei Stundenlöhne

Freie Lehrkräfte mit Deutsch als Fremdsprache erhalten für Integrationskurse eine unterschiedliche Bezahlung. Deren Höhe hängt vom Auftraggeber ab.

Von Monika Werner-Staude

Düsseldorf. Nein, wirklich sauer ist Hedwig Schulte nicht, „gelegentlich ein wenig verbittert“, versucht die 62-Jährige ein Lächeln. Sie arbeitet seit vielen Jahren als Lehrerin für Deutsch als Fremdsprache, aktuell für bis zu fünf Auftraggeber, frei, ohne Festanstellung. Was sie auch gut findet. Nur bei der Bezahlung hapert es. Für ein- und dieselbe Arbeit erhält sie unterschiedlichen Lohn: Einmal sind es 22, einmal 35 Euro. Hedwig Schulte ist Lehrerin für Deutsch und Geschichte, hat beide Staatsexamen, eine Zusatzausbildung in Alphabetisierung und viel Erfahrung. Wie die studierte Germanistin Ruth Janßen, die eine Zusatzausbildung für Deutsch als Fremdsprache hat. Beide geben an der Volkshochschule (VHS) Düsseldorf Sprach-Kurse. Sie haben vor etwa zwei Jahren die Initiative „Freie Lehrkräfte an der VHS Düsseldorf“ gegründet, die auf die Missstände bei der Bezahlung aufmerksam macht.

„Mit der Zwischenschaltung der Träger und deren Profitsanspruch macht man die Sache kompliziert.“

Clemens Friedrich, Bündnis Lehrkräfte Deutsch als Fremdsprache

Verschiedener Lohn für verschiedene Arbeit? Mitnichten. Eher: verschiedener Lohn für die gleiche Arbeit. Alle Kurse finden im Haus der VHS statt, haben ähnliche Teilnehmerzahlen, verwenden die gleichen Bücher, umfassen jeweils 600 Stunden und enden mit dem B1-Abschluss, der den Teilnehmern bestätigt, alltags-taugliches Deutsch zu beherrschen. Einziger Unterschied: Die einen Kurse beauftragt das Bamf (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge), die anderen bietet die VHS für alle an, die freiwillig Deutsch lernen möchten. Und: „Die Kursteilnehmer in den Kursen des Bamf müssen eine Prüfung machen, die in den offenen Kursen nicht“, erklärt Ruth Janßen.

Viele Lehrer wandern in lukrativere und sicherere Jobs ab Vor allem seit 2016 liegen die Stundenlöhne bei Hedwig Schulte über zehn Euro auseinander: Unterrichtet sie in Integrationskursen des Bamf erhält sie 35 Euro pro Stunde, tut sie es im Auftrag der VHS, sind es (seit 2017) 22 Euro. Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr die Stundenlöhne für die Bamf-Kurse deutlich erhöht. Barbara Lorenz-Allendorf, erste stellvertretende Vorsitzende der VHS in NRW, bedauert die Diskrepanz, die man aber aus finanziellen Gründen nicht auflösen könne: „Die Volkshochschulen fordern, dass die finanzielle Grundausstattung besser wird. Hier sind Land und Kommunen gefordert.“

Die 56-jährige Ruth Janßen weiß, was die Ungleichbehandlung in der Lehrerschaft bewirkt: „Reibereien gibt es vor allem seit der Erhöhung durch das Bamf. Vorher waren die Unterschiede gering.“ Einige Lehrkräfte versuchen, hauptsächlich Integrationskurse zu



Deutschkenntnisse sind der Schlüssel zur Integration - weshalb Flüchtlinge möglichst rasch die für sie fremde Sprache erlernen sollen.

Foto: dpa

geben. Worum freilich nicht sie, sondern die Fachbereichsleiter entscheiden. Andere erhöhen die Stundenzahl, um ihren Lebensstandard zu halten.

Für alle gilt: Vom Stundenlohn muss die soziale Absicherung bezahlt werden. Hedwig Schulte stellt fest: „Im letzten Jahr habe ich circa 1600 Stunden unterrichtet. Das ist wie im Hamsterrad.“ Außerdem herrscht eine hohe Fluktuation. Ruth Janßen erinnert sich: „Früher kannte ich alle Kollegen, seit zwei Jahren aber wandern viele Lehrer ab.“ Laut Clemens Friedrich vom Bündnis DaF/DaZ (Lehrkräfte Deutsch als Fremd- und Zweitsprache) arbeiten nur 19 000 der vom Bamf zugelassenen 32 000 Lehrern in Integrationskursen, „weil viele in lukrativere oder sicherere Jobs abwandern“.

Eine andere Finanzarchitektur für eine gerechte Bezahlung

Wer die Kurse beauftragt, bestimmt über die Entlohnung: Während der Bund über den Stundenlohn für die Lehrer der Integrationskurse befindet, ist das Bezahlmodell der Volkshochschulen komplizierter und regional unterschiedlich. Zum einen lässt sich das Land die Kurse einiges kosten. Laut Schulministerium sind mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2016 die Mittel für zusätzliche niedrigschwellige Sprachkurse für Geflüchtete ab 16 Jahren auf 3,2 Millionen Euro an Weiterbildungseinrichtungen (wie VHS) aufgestockt worden (2017 seien wiederum 3,2 Millionen Euro verplant). Damit seien 2016 alle rund 840 Anträge von Weiterbildungseinrichtungen bewilligt worden. Ferner habe das Land den Konsolidierungssatz im Haushaltsjahr 2016 um fünf Prozent und erneut um weitere fünf Prozent ab dem Haushaltsjahr 2017 gesenkt. Folge: Rund zehn Millionen Euro jährlich mehr im Geschäftsbereich des Schul- und Weiterbildungsministeriums. Hinzu kämen Mittel im Bereich der Eltern- und Familienbildung: Der Haushaltsansatz sei durch zweimalige Absenkung des Konsolidierungsbeitrages um jährlich 1,9 Millionen Euro gestiegen.

Zum anderen finanzieren die Kommunen die Kurse ihrer VHS, was zu deutlichen Unterschieden führt. Während Düsseldorf einer Empfehlung ihres VHS-Kuratoriums gemäß bis 2020 jährlich einen Euro mehr bezahlen und bis auf maximal



Hedwig Schulte und Ruth Janßen (v.l.) machen sich für eine bessere Bezahlung freier Lehrkräfte stark.

Foto: Lepke

25 Euro erhöhen will, geht es den Lehrern in Köln besser, die seit diesem Jahr 35 Euro erhalten – wie die Bamf-Kursleiter. Für Ruth Janßen steht eindeutig fest: „Das ist eine politische Entscheidung. Damit gute Leute nicht gehen.“

Hinzu kommt ein weiteres Problem: Noch 2016 wurden der VHS die Türen quasi eingerannt, aktuell sind die Kurse nicht gerade überbelegt. Grund: Auf dem freien Markt gibt es immer mehr Anbieter, die ihre Lehrer – oft Studenten – noch schlechter bezahlen. Schulte und Janßen wissen von Stundenlöhnen unter 20 Euro. Die Absolventen der freien Kurse finden also inzwischen häufig ein günstigeres Angebot als das der VHS. Berthold Paschert, Sprecher der Lehrergewerkschaft Bildung und Erziehung (GEW) in NRW, fordert, dass „die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Integration vom Bund gelöst“ wird, indem er „die finanzielle Lücke schließt und eine andere Finanzarchitektur aufbaut“. Die GEW setzt sich für eine Festanstellung der Lehrkräfte oder mindestens einen Stundenlohn von 54 Euro (siehe Kasten) ein.

Sprache ist der Schlüssel für die Integration – bei Kindern und bei erwachsenen Flüchtlingen. Hierhin herrscht Einigkeit. Woher kommt dann das unterschiedliche Finanzgebaren? Clemens Friedrich: „Da die Integrationskurse installiert wurden, als man glauben machen wollte, dass jede staatliche Aufgabe von privater Wirtschaft besser geleistet würde, gab man diese Aufgabe an zahlreiche Träger ab. Kleine Träger mit wenigen Integrationskursen und ohne Stütze in anderen Sprachkursen können keine hohen Honorare an die Lehrer zahlen, wenn sie profi-

tabel arbeiten wollen.“ An der Trägervielfalt will Berthold Paschert dennoch nicht rütteln, die Bedingungen aber sollten vergleichbar sein, „schon wegen der Qualität und der Kontinuität des Unterrichts“.

Jetzt rächt sich der strukturelle angelegte Lehrermangel

Stattdessen droht weiteres Ungemach: Der Markt für Lehrer ist leer gefegt. Jetzt räche sich, so Paschert, der strukturelle Lehrermangel, der durch schlechte Bezahlung, zu wenig Festanstellungen und überholte Demografieprognosen entstanden sei. Als dann 2015 die große Flüchtlingszuwanderung einsetzte, reichten die Qualifizierungsangebote des Landes nicht mehr aus.

Die Aufholjagd hat nun begonnen. Elf Universitäten in NRW bieten seit dem Wintersemester 1260 Studienplätze für Deutsch als Zweitsprache an. Das NRW-Wissenschaftsministerium unterstützt sie bis zum Jahr 2019 mit mehr als sechs Millionen Euro. Erste Absolventen werden für die nächsten Monate erwartet. VHS und andere Anbieter suchen zudem Seiteneinsteiger. Außerdem will das Land ab 2018 Deutsch für Schüler mit Zuwanderungsgeschichte in die Lehrerausbildung integrieren.

Mit dem Lohn, Krankheit und Rente gut absichern können

Viele Kollegen ziehen einen festen Arbeitsplatz vor, Hedwig Schulte und Ruth Janßen aber wollen als Freie arbeiten. „Das ist meine freie Entscheidung“, betont Hedwig Schulte. Freilich wollen sie zu einem anständigen Stundenlohn unterrichten, mit dem sie gut mit Krankheit und Rente absichern können. Solange das nicht erreicht ist, kämpfen sie weiter.

BEGRIFFE

DAZ/DAF Bei Deutsch als Zweitsprache (DaZ) wird die deutsche Sprache in einem deutschsprachigen Land erworben und ist zum alltäglichen Gebrauch nötig. Deutsch als Fremdsprache (DaF) ist ein eigenständiger Studiengang – vorrangig für Lehrkräfte für Deutschunterricht im Ausland.

ABSCHLÜSSE Deutsch als Fremdsprache/Zweitsprache wird in drei Bereichen unterrichtet: In Integrationskursen, in offenen Kursen mit B1-Abschluss und in offenen Kursen, die einen B2- und bessere Abschlüsse anbieten. Bezahlt werden offene Kurse gleich, nur die Integrationskurse werden nach Bamf-Tarif entlohnt. Höhere Abschlüsse (ab B2) brauchen zum Beispiel Lehrer aus dem Ausland, die auch in Deutschland in den Schuldienst wollen. Aber auch Mediziner oder Pharmazeuten aus EU-Staaten müssen gute Deutschkenntnisse nachweisen. Integrationskurse und deren Kursleiter brauchen die Anerkennung durch das Bamf.

FORDERUNGEN Das Bündnis DaF/DaZ fordern 55 bis 60 Euro pro Unterrichtsstunde. Die GEW fordert 54 Euro und kritisiert, dass die vom Bamf bei seiner Stundenlohnberechnung angenommenen 4200 Euro Bruttoeinkommen Vor- und Nachbereitung des Unterrichts sowie Sozialausgaben außer Acht ließen.

ZAHLEN Laut Bamf haben bundesweit zwischen dem 1. Januar und 30. September 2016 246 125 Menschen einen Integrationskurs begonnen (auf das ganze Jahr geschätzt sollen es mindestens 323 000 sein). In NRW waren es in diesem Zeitraum 57 560.

VHS 200 Volkshochschulen bieten auch Integrationskurse an – auf freiberuflicher Basis. Grund: Sie ermögliche Flexibilität und eine breite Aufstellung.